

VERTRAULICH
bis zur Feststellung des
schriftlichen Ergebnisses der
letzten nicht öffentlichen
Ausschusssitzung durch
die/den Vorsitzende/n!

Stadt Heidelberg
Dezernat I, Amt für Stadtentwicklung und Statistik

**Demographischer Wandel in Heidelberg
Ergebnisse der verwaltungsinternen
Arbeitsgruppen / Handlungskonzepte und
Maßnahmen / Weitere Schritte**

Informationsvorlage

Beschlusslauf
Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 23. Mai 2006

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Kenntnis genommen	Handzeichen
Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss	11.04.2006	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Jugendgemeinderat	25.04.2006	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Ausländerrat/Migrationsrat	11.05.2006	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Stadtentwicklungs- und Verkehrs-, Sozial-, Jugendhilfe-, Kulturausschuss	17.05.2006	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	

Inhalt der Information:

Der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss nimmt die Information über die Ergebnisse der verwaltungsinternen Arbeitsgruppen und die verwaltungsintern abgestimmten Handlungskonzepte und Maßnahmenvorschläge zum Thema „Demographischer Wandel in Heidelberg“ sowie die Information zum weiteren Vorgehen zur Kenntnis.

Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 11.04.2006

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 11.04.2006

3 Demographischer Wandel in Heidelberg
Ergebnisse der verwaltungsinternen Arbeitsgruppen / Handlungskonzepte und
Maßnahmen / Weitere Schritte
Informationsvorlage 0043/2006/IV

Erster Bürgermeister Prof. Dr. von der Malsburg teilt mit, dass die Beratungsfolge analog der Beschlussvorlage 0120/2005/BV „Teilfortschreibung Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010- Demographischer Wandel“ erfolgen soll. Sie wird daher ergänzt um die Beratung im Jugendgemeinderat am 25.04.06, im Ausländerrat/Migrationsrat am 11.05.06 und in einer gemeinsamen Sitzung von Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss, Sozialausschuss, Jugendhilfeausschuss, Kulturausschuss am 17.05.06

Die Mitglieder des Ausschusses sind damit einverstanden.

gez.

Prof. Dr. von der Malsburg
Erster Bürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Jugendgemeinderates vom 25.04.2006

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Ausländerrates/Migrationsrates vom 11.05.2006

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrs-, Sozial-, Jugendhilfe- und Kulturausschusses vom 17.05.2006

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 17.05.2006

- 1 **Teilfortschreibung Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010
- Demographischer Wandel**
Beschlussvorlage 0120/2006/BV
- 1.1 **Demographischer Wandel in Heidelberg Ergebnisse der verwaltungsinternen
Arbeitsgruppen / Handlungskonzepte und Maßnahmen / Weitere Schritte**
Informationsvorlage 0043/2006/IV

Die Punkte 1 und 1.1 werden zusammen aufgerufen und behandelt.

Im Verlauf der Sitzung wird insbesondere von den nicht gemeinderätlichen Mitgliedern vielfach der Wunsch geäußert, mehr Zeit für die Prüfung der Entwürfe zur Teilfortschreibung des STEP und der Handlungskonzepte und für die Formulierung eigener Vorschläge und Anregungen zur Verfügung zu haben. Es wird vorgeschlagen, die Beschlüsse erst nach der Sommerpause zu fassen. Dies wird von den gemeinderätlichen Mitgliedern befürwortet.

Erster Bürgermeister Prof. Dr. von der Malsburg sagt zu, den Wunsch an Oberbürgermeisterin Weber weiter zu leiten.

gez.
Prof. Dr. von der Malsburg
Erster Bürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Empfehlung

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

Bei der Überprüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahmen in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes zeigt sich, dass fast alle Maßnahmen unmittelbar mit den Zielvorgaben übereinstimmen. Wenige Punkte sind im Stadtentwicklungsplan nicht genannt. Diese müssen in die unter dem Blickwinkel des „Demographischen Wandels“ beabsichtigte Teilfortschreibung des Stadtentwicklungsplanes Heidelberg 2010 –Leitlinien und Ziele- mit Zielhorizont 2020 einfließen.

Begründung:

1. Arbeitsgruppen

Im Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss vom 06.12.05 wurde in einer Synopse über die Ämterbeiträge zum Thema „Demographischer Wandel“ informiert (Drucksache 0121/2005/IV). Entsprechend der in der Synopse aufgeführten fünf Handlungsfelder wurden im März 2005 für die verwaltungsinterne Weiterbehandlung für jedes der Handlungsfelder eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe eingerichtet.

Die Themenbereiche waren:

- Investitionen in Bildung, Qualifizierung und Arbeitsmarkt
- Stärkung der Familien, Humandienstleistung und Anpassung der Infrastruktur
- Wohnungspolitik, Stadtstruktur, Regional- und Flächenentwicklung
- Weichenstellung in der Integrationspolitik
- Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Generationsbeziehungen

Ziel der Arbeitsgruppen war die Erarbeitung von mittel- bis langfristigen Handlungskonzepten und Maßnahmenprogrammen für einen nachhaltigen, zukunftsorientierten Umgang mit den Folgen des demographischen Wandels in Heidelberg für das jeweilige Handlungsfeld. Zu den Aufgaben gehörten auch eine grobe Zeitplanung sowie eine Prioritätensetzung.

2. Ergebnisse der Arbeitsgruppen

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen sind in beiliegendem Band (Anlage 1) zusammengestellt. Auf der Basis der Vorschläge aus den Fachämtern haben die Arbeitsgruppen ihre Ergebnisse im letzten Jahr vorgelegt. Es handelt sich um ca. 250 Maßnahmen. In einem weiteren Schritt haben die Arbeitsgruppen je zehn Maßnahmen priorisiert. Die priorisierten Maßnahmen sind in den Powerpoint Präsentationen am Beginn des Ergebnisbandes aufgeführt. Die übrigen Maßnahmen sind in den Maßnahmeblättern im Anhang des Ergebnisbandes ausführlich erläutert.

3. Verwaltungsinterne Abstimmung der Arbeitsgruppenergebnisse

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wurden einer verwaltungsinternen Abstimmung der Dezernate unterzogen, in der überprüft wurde, welche der schon in Heidelberg eingeleiteten Aktivitäten und organisatorischen Neuerungen fortgesetzt, angepasst oder aufgegeben und durch neue, innovative Maßnahmen ersetzt werden müssen.

In einem weiteren Schritt hat das Amt für Stadtentwicklung- und Statistik die Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen unter Berücksichtigung der verwaltungsinternen Abstimmung thematisch zusammengefasst. Dabei hat sich gezeigt, dass es günstiger ist die Handlungsfelder aufzulösen und sich an folgenden Themenbereichen zu orientieren:

- A: Familie, Kinderbetreuung, Bildung
- B: Arbeit und Wirtschaft
- C: Altersgerechtigkeit und Generationenbeziehungen
- D: Kooperative Planung und Bürgerbeteiligung
- E: Wohnen
- F: Integration
- G: Bürgerschaftliches Engagement

Die Themen Geschlechtergerechtigkeit, Integration und Bürgerschaftliches Engagement tauchen als Querschnittsaufgabe in allen Themenbereichen auf. Deutlich wurde, dass die Herausforderungen des demographischen Wandels eine kontinuierliche Intensivierung des Einsatzes in diesen Bereichen verlangen.

4. Vorgeschlagene Handlungskonzepte und Maßnahmen

A: Familie, Kinderbetreuung, Bildung

Beitritt der Stadt zu der bundesweiten Aktion „Lokale Bündnisse für Familien“

Heidelberg hat auf dem Weg zur „familienfreundlichen Stadt“ bereits sehr viel getan. Dieser Weg muss mit neuen Maßnahmen und Partnern weitergegangen werden. Bei einem Beitritt der Stadt zu der bundesweiten Aktion „Lokale Bündnisse für Familien“ soll mit den bestehenden Initiativen in Heidelberg zusammen gearbeitet werden. Beim Ausbau von Partnerschaften und sozialen Netzwerken soll zuerst auf bereits vorhandene Netzwerke zurückgegriffen und eine mögliche Zusammenarbeit geprüft werden. Es wäre sinnvoll Maßnahmen mit den Zielen zum Corporate Citizenship zu verknüpfen. Unternehmen können so zur Mitarbeit bei einem „Lokalen Bündnis für Familien in Heidelberg“ gewonnen werden.

Netzwerk zur Qualitätssicherung der individuellen Förderung von Kindern

Ein Qualitätssicherungsnetzwerk betrifft die Arbeit in KITAS, die Verbesserung der Kooperation und Schnittstelle KITA-Schule, die Schule sowie Förderung interkultureller Pädagogik gleichermaßen. Die Maßnahme ist besonders zielführend für die Stärkung von Elternschaft, Qualifikation und Integrationskompetenz. Insbesondere wichtig ist das Verständnis einer möglichst frühzeitigen Verknüpfung von Betreuung und Bildung. Bei der Auslegung der qualitativen Standards sollen alle „sozialen“ Querschnittsämter zusammenwirken. Die Eltern müssen früh einbezogen werden.

Finanzmittel für Prävention sind wichtig, da die Folgekosten bei „Nichtstun“ deutlich höher sind. Unterschiedliche Fachqualifikationen sollen in KITAS zusammenwirken, wie z.B. Erzieherinnen, Heilpädagogen, Kinderärzte u.s.w.. Kindergartensozialarbeiter, analog der Schulsozialarbeiter wären sinnvoll. Die Aufgaben sind in erster Linie durch Fachkräfte zu leisten. Eine ergänzende Netzwerkunterstützung durch neue Formen der ehrenamtlichen Elternarbeit im Bereich KITA, Schule oder bei der präventiven Jugendhilfe ist hilfreich.

Entwicklung von Umsetzungsplänen im Zusammenhang mit dem Aktionsplan zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“

Die Umsetzungspläne betreffen die schulische und die universitäre Bildung sowie die Fort- und Weiterbildung.

Quantitativer und qualitativer Ausbau der stadtteilbezogenen Angebote zur bedarfsorientierten, ganzjährigen, ganztägigen Betreuung von Kindern und Jugendlichen, die flexibel buchbar sind

Im Vordergrund steht die Sicherstellung der hohen Qualität. Bei der Entwicklung der Kleinkinderbetreuung soll mit den jeweiligen Initiativen und Trägern zusammen gearbeitet werden (z. B. Tagesmütterinitiative, Patenoma-Dienste) und diese sollen ggf. durch Qualifizierungsangebote unterstützt werden. Gerade bei der Frage um die Unterstützung der Familien mit (Klein)-Kindern spielt das direkte Wohnumfeld, also das Quartier oder der Stadtteil, eine wichtige Rolle. Viele ehrenamtliche Organisationen sind ebenfalls auf Stadtteilebene angesiedelt, so dass die Zusammenarbeit auf dieser Ebene sinnvoll ist.

Eine Ausweitung der Betreuung ist jedoch auch vom jeweiligen Träger und seinen Planungen sowie von weiteren Mitteln und Ressourcen, die hierfür von der Stadt Heidelberg zur Verfügung gestellt werden müssen, abhängig.

Erarbeitung gemeinsamer Standards für den Lern- und Bildungsraum Schule

Maßnahmen zur Bildung haben höchste Priorität. Notwendig sind Zielvereinbarungen / Standards und Controlling mit allen Kooperationspartner/innen zur Verbesserung des qualitativen und quantitativen Angebotes sowie ein Konzept zur Verbesserung des Übergangs Schule und Beruf für alle Heidelberger Haupt- und Realschulen. An einzelnen Hauptschulen ist der Übergang Schule-Beruf bereits Thema.

Das ehrenamtliche bürgerschaftliche Engagement soll eingebunden werden. Wichtig ist auch die Qualifizierung der Migranten sowie die Erfassung und Transparenz sämtlicher Angebote im Bereich Bildung und Arbeitsmarkt für Migranten, um ihnen Zugang zu Schule, Ausbildung und Erwerbstätigkeit zu ermöglichen. Eine enge Kooperation mit Berufsakademie und JobCenter HD (Berufsinformationsbörse) sowie eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe, welche die kommunalen Steuerungsinstrumente zum Thema prüft, gewichtet und auf deren Umsetzung (mit allen erforderlichen Kooperationspartnern) hinwirkt, ist sinnvoll.

B: Arbeit und Wirtschaft

Ausbau AZUBI-Fonds der Heidelberger Dienste

Unsere Verwaltung bildet selbst über Bedarf aus. Heidelberg finanziert zudem derzeit mit rund 150.000 €/Jahr im sogenannten AZUBI-Fonds bei den Heidelberger Diensten 28 Ausbildungsplätze für junge Menschen, die aus den verschiedensten sozialen und persönlichen Gründen ansonsten keine Ausbildungsstelle erhalten hätten. Dies ist beispielhaft. Vor diesem Hintergrund soll der weitere Ausbau über die Gewinnung von zusätzlichen Sponsoren erfolgen.

Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekt "50+" durch Heidelberger Dienste in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter

Es läuft ein Sonderprogramm des Bundes, das bei den Heidelberger Diensten angesiedelt ist. Eine dauerhafte Bundesförderung wäre wichtig. Bei der Arbeitsmarktpolitik muss ein besserer Umgang mit Elternschaft, Alter und den Gefahren sozialer Polarisierung erreicht werden. Die Probleme, ältere Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt zu integrieren, gründen nur sekundär in einer mangelnden Qualifikation. Der Fokus in Heidelberg soll deshalb auf „Beschäftigungsprojekten“ liegen.

Erarbeitung einer vernetzten, koordinierten Marketingstrategie und Corporate Citizenship

Der demographische Wandel verstärkt die Notwendigkeit einer gemeinsamen Standortpolitik. Eine aktive Bürgerschaft, unterstützt von der Stadtverwaltung und engagierten Unternehmen (Corporate Citizenship), sollen als Alleinstellungsmerkmal für Heidelberg auch bei der Wirtschaftsförderung oder der Werbung um Arbeitnehmer/innen herausgestellt werden. Das Corporate Citizenship unterstützt das immer wichtiger werdende soziale Engagement von Unternehmen. Das Entlastungspotenzial für die Stadt durch das Engagement von Unternehmen kann erheblich sein. Weitere Schwerpunkte einer vernetzten, koordinierten Marketingstrategie durch die Verwaltung liegen auf einer Bestandsaufnahme der Stärken und Schwächen sowie der Verbesserung der Präsentation nach außen. Dabei sollte nicht nur das Thema „Romantik“ transportiert werden, sondern besonders auf die innovativen Aspekte der Wissenschaftsstadt Heidelberg hingewiesen werden.

Zielvereinbarung zwischen Stadt und Volkshochschule über den Ausbau eines bedarfsgerechten Angebotes zur beruflichen Fort- und Weiterbildung

Im Bereich der Erwachsenenbildung bietet die VHS Qualifizierungskurse für Einzelpersonen und Betriebe an; gleiches gilt für die berufliche Zusatzqualifizierung durch Angebote an Meisterschulen und an den öffentlichen Schulen bzw. durch entsprechende Erwachsenenbildungsträger. Durch neue Konzepte wie „Operativ Eigenständige Schulen“ wird auf Landesebene versucht, durch Qualitätsmanagement die Ausbildung zu verbessern. Die Zielvereinbarungen sollen fortgeführt werden.

Zielvereinbarung zur personellen und organisatorischen Bewältigung des Demographischen Wandels innerhalb der Stadtverwaltung

Der Prozess ist aktuell im Gange. Die unterschiedlichen in dieser Maßnahme angesprochenen Handlungsfelder sind größtenteils in der täglichen Arbeit verankert und werden stetig weiterentwickelt. Beispiele sind Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Flexibilität bei den Arbeitszeitwünschen von Mitarbeiter/innen, qualifizierte und am Bedarf orientierte Fortbildungsangebote auch für ältere Beschäftigte, das Leitbild für Führungskräfte oder die Einführung von Personalgespräch und Vorgesetztenbeurteilung. Diese Instrumente dienen auch dazu, die Motivation und Flexibilität von älteren Mitarbeitern/innen zu erhalten, zu fördern und diese Potenziale verstärkt zu nutzen. Eine verbesserte Verzahnung der Fachkräfte und der bürgerschaftlich Engagierten ist wichtig. Denkbar wäre auch ehemalige Mitarbeiter/innen für das Bürgerschaftliche Engagement zu gewinnen.

Die Führungskräfteentwicklung hat in der Stadtverwaltung einen hohen Stellenwert. Nach Abschluss einer Potenzialanalyse im I. Quartal 2006 werden insgesamt 3 Kompetenzteams ihre Arbeit aufnehmen. Der Erfolg der Maßnahmen soll kontinuierlich geprüft und die Ziele ggf. fortgeschrieben werden.

Organisation eines kontinuierlichen Dialogs mit Unternehmen und Schlüsseleinrichtungen in Heidelberg zur Bewältigung des demographischen Wandels

Hierfür eignen sich unter anderem die Wirtschaftskonferenzen als Plattform. Ein Dialog bietet die Chance, voneinander zu lernen. Dies gilt insbesondere für die Themen Gleichberechtigung, familienbewusste Arbeitszeiten und Unterstützungsangebote für Rückkehrwillige.

Zur Kompetenzgewinnung soll nach vorangegangener Analyse und Gesprächen mit den Unternehmen eine Befragung über "demographiesensible" Instrumente der Personal- u. Organisationsentwicklung durchgeführt werden.

C: Altersgerechtigkeit und Generationenbeziehungen

Stärkung der Generationenbeziehungen durch Schaffung von Stadtteilzentren mit innovativen Patenschaftsprojekten, Erweiterung der Beteiligungsformen und Ausbau vorhandener Beratungsstrukturen

Der Beratungsbedarf insbesondere älterer Menschen, wird in Zukunft zunehmen. Die Einrichtung von Stadtteilzentren (Quartierszentren), welche die Bereiche Verwaltung, Altenarbeit, Kinder- und Jugendarbeit, Bürgerschaftliches Engagement und Kulturelles verbindet, kann diesen Prozess erleichtern. Ein solches Projekt kann bereits in der Bahnstadt realisiert werden. In den anderen Stadtteilen wird dies nach und nach umzusetzen sein.

Stadtteilzentren kommen insbesondere auch mobilitätseingeschränkten Menschen zu Gute. Da zu den Aufgaben der Bürgerämter auch Koordinierungsfunktionen in den Stadtteilen gehören, könnte eine entsprechende Erweiterung der Serviceleistungen dort erfolgen. Durch den an den jeweiligen Gegebenheiten des Stadtteils orientierten Ausbau des Angebotes in den Bürgerämtern könnten Stadtteilzentren mit bedarfsorientierten Dienstleistungen, Beratung, Vermittlung von Unterstützung und weiteren Serviceleistungen für alle Generationen entstehen. Intergenerative Angebote sind insbesondere zur Unterstützung von Familien mit Kindern wichtig. **Der Ausbau intergenerativer stadtteilbezogener Kontaktmöglichkeiten soll in einem Probelauf im Bürgerzentrum Kirchheim durchgeführt werden.** Die Beratung soll für alle Generationen und Lebenslagen da sein. Der Ausbau vorhandener Beratungsstrukturen und Schaffung von intergenerativen und stadtteilbezogenen Kontakt- und Begegnungsmöglichkeiten dient auch zur Entlastung von pflegenden Angehörigen. Ein Teil des Ausbaus vorhandener Beratungsstrukturen und die Schaffung von Kontakt- und Begegnungsmöglichkeiten könnte auch in den Seniorenzentren erfolgen.

Stadtteilbezogener Ausbau der ambulanten, teilstationären und stationären Betreuungsangebote für ältere Menschen unter besonderer Berücksichtigung von Demenzkranken und altersverwirrten Personen

Die Optimierung der Rahmenbedingungen für Betreuung hat hohe Priorität. Besonders wichtig ist die Tagespflege.

Bündelung der Zugangsvoraussetzungen zur Teilhabe am öffentlichen Leben

Bring- und Holddienste, Entlastungsangebote bei der Versorgung betreuungsbedürftiger Angehöriger und verstärkte Öffentlichkeitsarbeit sollen dazu beitragen.

Förderung generationenübergreifender Sportangebote

Die Maßnahme ist bei vereinsunabhängigen Angeboten begrüßenswert. Hierbei bieten die bestehenden Seniorenzentren, Bürgerhäuser und Bürgerämter Ansatzpunkte. Ihre Funktionen sollen erweitert und gebündelt werden.

D: Kooperative Planung und Bürgerbeteiligung

Durchführung von Stadtteilkonferenzen

Die Workshops zu den Stadtteilrahmenplänen sollen zu kontinuierlich stattfindenden Stadtteilkonferenzen weiter entwickelt werden. Im Rahmen von Stadtteilkonferenzen soll insbesondere die Gestaltung des öffentlichen Raums Thema sein. Es soll darauf geachtet werden, dass der öffentliche Raum so (um)gebaut wird, dass die Entstehung von tragfähigen „Nachbarschaften“ möglich ist. Dies gilt insbesondere für Projekte in städtischer Trägerschaft oder Projekte der GGH. Weitere wichtige Themen sind bedarfsorientierte Angebote im Bereich Bildung, Kultur, Sport und Mobilität sowie die Auslobung eines "Hinterhof-Wettbewerbs".

Für die Bahnstadt sind die Schaffung eines multifunktionalen und generationenübergreifenden "Spiel-, Erlebnis- und Aufenthaltsraumes" und die Schaffung eines positiven Wohnumfeldes mit Grün- und Begegnungsflächen und stärkerer Verkehrsberuhigung von besonderer Bedeutung. In der nächsten Stufe der Konkretisierung des Freiraumkonzeptes für die Bahnstadt können die Vorschläge einbezogen werden.

Ausbau zu Fuß erreichbarer, barrierefreier Grünanlagen auch als intergenerativer Begegnungsraum mit Bewegungsflächen und Spielgeräten für alle Generationen

Die Schaffung eines positiven Wohnumfeldes mit Grün- und Begegnungsflächen und stärkerer Verkehrsberuhigung hat hohe Priorität. Wichtig sind auch Sportflächen für ältere Menschen. Bei der Barrierefreiheit ist zudem insbesondere der Bereich des ÖPNV stärker zu fokussieren, um die Mobilität zu erleichtern.

Gewährleistung der Mobilität

Der barrierefreie Ausbau des ÖPNV insbesondere des schienengebundenen ÖPNV mit möglichst vielen Direktverbindungen ist für Kinder, Jugendliche und Senioren gleichermaßen wichtig. Mit Blick auf den künftig höheren Anteil älterer Menschen kommt der Barrierefreiheit eine besondere Bedeutung zu.

Kooperative Planung im Bereich Infrastruktur und Einrichtung eines Quartiersmanagements ergänzt durch Patenschaften zu verschiedenen Themenbereichen in der Bahnstadt

Wenn Bewohner/innen eines neuen Stadtteils bereits an der Entstehung ihres Gemeinwesens beteiligt werden, wird die Identifikation mit dem Stadtteil erfahrungsgemäß schneller wachsen. Deshalb soll in der Bahnstadt Quartiersmanagements unter Einbindung von Bürgerbeteiligungsmodellen erprobt werden.

Herstellung flexibler multifunktional nutzbarer Gebäude, Räumlichkeiten und Strukturen unter Berücksichtigung der Faktoren Wirtschaftlichkeit, Sicherheitsaspekte und Barrierefreiheit.

Dies soll bei Gebäuden der öffentlichen Hand, freier Träger und privater Bauherren durch eine Förderung - Selbstbindung - vertragliche Verpflichtung – Öffentlichkeitsarbeit erreicht werden. Ein Hauptaugenmerk soll auf die Bahnstadt unter Berücksichtigung der Workshopergebnisse zum Quartiersmanagement gerichtet werden. Auch in den bestehenden Stadtteilen sollen entsprechende Möglichkeiten untersucht werden.

Förderung der wohnortnahen Versorgung

Hierzu sollen mobile Liefersysteme unterstützt werden. Darüber hinaus kann die Anpassung alter Bebauungspläne mit Misch- und Gewerbegebieten an die zur Zeit gültige BauNVO hilfreich sein.

E: Wohnen

Aufstockung des Wohnungsentwicklungsprogramms (WEP)

Dadurch kann einer Abwanderung insbesondere von Familien mit Kindern in die Nachbargemeinden entgegen gewirkt werden.

Schnelle Realisierung der Bahnstadt

Der Maßnahme kommt mit Blick auf eine bedarfsgerechte Wohnraumversorgung höchste Priorität zu. Bei dem Bau des neuen Stadtteils ist auf eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der Leitziele des Stadtentwicklungsplans zu achten.

Beschleunigungsmaßnahmen zur Schaffung von Wohnraum z.B. bei Sanierungsmaßnahmen mit Förderung von gemeinschaftsorientierten Wohn- und Lebensformen

Der Aspekt „neue Formen generationsübergreifenden Wohnens“ soll stärker hervorgehoben und gefördert werden. Die Förderung neuer Wohnformen (Mehrgenerationenhäuser) soll in den kommenden Jahren entwickelt und in die Praxis umgesetzt werden. Mehrgenerationenhäuser können kleine lokale Zellen der Ehrenamtlichkeit werden und so den Umgang mit den Folgen des demografischen Wandel erleichtern.

Beibehaltung von preisgünstigen städtischen Wohnungen

Dabei ist auch die Möglichkeit der Einflussnahme der Stadt über Wohnbaugesellschaften mit städtischer Beteiligung zu suchen. Preisgünstige große Wohnungen erleichtern auch die Integration für ausländische Großfamilien.

Umwandlung des Wohnservice für Ältere in eine Fachstelle "Barrierefreies Bauen und Wohnen"

Die Ansiedlung der Fachstelle im Technischen Bürgeramt ist sinnvoll. Mit der zentralen Anbindung der Funktion beim Technischen Bürgeramt ab März 2006 ist gleichzeitig der Einsatz der bisher mit dem Aufgabengebiet „Wohnen im Alter“ beim Amt für soziale Angelegenheit und Altenarbeit beschäftigten Sozialarbeiterin in den Räumlichkeiten des Technischen Bürgeramtes verbunden.

F: Integration

Verstärkung der Sprachförderung in KITAS für alle Migrantenkinder mit Deutsch als Zweitsprache (bereits ab 18 Monaten)

Die Sprachförderung in Kindertagesstätten ist ein wichtiges Merkmal guter pädagogischer Arbeit. Es muss sichergestellt werden, dass sie in allen Kitas –unabhängig von der Trägerschaft durchgeführt wird. Die Mitglieder des Ausländer- und Migrationsrates können ihre Kontakte nutzen und darauf hinwirken, dass die Migrantenfamilien ihre Kinder schon mit 1,5 Jahren in Kindertagesstätten geben. Integrationsarbeit sollte jedoch nicht nur im Bereich der Sprachförderung angesiedelt sein.

Auf- und Ausbau eines Netzwerkes hauptamtlicher Integrationsbegleiter unter Einbindung Ehrenamtlicher zur Förderung des Miteinanders

Der Netzwerkaufbau könnte mit ehrenamtlichen Integrationsbegleitern begonnen werden. Der Ausländer- und Migrationsrat kann sich am Aufbau eines Netzwerkes "soziale Beratung für Migranten in Heidelberg" beteiligen. Eine Broschüre, aus der Migranten entnehmen können, an welche Einrichtung sie sich mit welchem Problem wenden können, wäre hilfreich.

Auf- und Ausbau der Migrationsarbeit in den Stadtteilen von Heidelberg

Integration findet im Stadtteil statt; die dortigen Einrichtungen müssen sich den Migranten öffnen. Für Migranten sollen stadtteilbezogene Angebote gemacht werden.

Fortführung der Konfliktberatungen, Konfliktvermittlungen sowie Mediation vor Ort mit interkulturell geschulten Mitarbeiter/innen

Finanzielle Förderung von Vereinen, die sich im Rahmen des Sportförderungsprogramms aktiv um die Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern bemühen.

Einrichtungen, die sich besonders um die Integration ausländischer Jugendlicher kümmern, sollen bei der finanziellen Förderung bevorzugt werden.

Finanzielle Unterstützung interkultureller Projekte unter Beteiligung der Migranten/innen und der einheimischen Bevölkerung

Eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe unter Federführung des Dezernates III, soll die kommunalen Steuerungsinstrumente zum Thema ausloten, gewichten und auf deren Umsetzung (mit allen erforderlichen Kooperationspartnern) hinwirken. Dies gilt vor allem für die Einbindung des Bürgerschaftlichen Engagements zur Stärkung der Integration von Migranten

G: Bürgerschaftliches Engagement (BE)

Einrichtung eines interdisziplinären Lenkungsgremiums

Die Vernetzung der BE-Förderung in allen Bereichen der Verwaltung im Zuge der Gestaltung des demografischen Wandels soll koordiniert entwickelt und umgesetzt werden. Hierfür ist die Einrichtung eines interdisziplinären Lenkungsgremiums sinnvoll.

Unterstützungskultur zur Förderung des Bürgerengagements der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Bürgerschaftliches Engagement wirkt sich positiv auf soziale und persönliche Kompetenzen aus. Das Personal- und Organisationsamt wird die Umsetzung auch künftig konstruktiv begleiten und im Rahmen seiner Möglichkeiten unterstützen.

Ausbau von Motivation und Anerkennung

Durch Motivation und Anerkennung kann das Bürgerschaftliche Engagement gefördert werden.

Förderung des Bürgerengagements und Stärkung der Generationenbeziehungen durch Zusammenführung bereits bestehender Strukturen auf Stadtteilebene sowie Entwicklung neuer Informationswege

Die Stadt soll hierbei nur als Impulsgeber fungieren, die eigentlichen Koordinationsaufgaben sollen Externe übernehmen.

In der Summe gehen die Vorschläge mit den von der Bertelsmann Stiftung empfohlenen Handlungsansätzen zum Umgang mit dem demographischen Wandel in prosperierenden Wirtschaftszentren – zu denen Heidelberg zählt - konform. (veröffentlicht Feb. 06)

5. Umfrage

Die Ergebnisse der in der zweiten Januarhälfte 2006 durch die Forschungsgruppe Wahlen durchgeführten Telefonumfrage (Zufallsstichprobe von 1.350 Haushalten) zu den Auswirkungen des Demographischen Wandels in Heidelberg werden in einer separaten Vorlage vorgestellt. Erfragt wurden beispielsweise die aktuelle Lebenssituation von Jugendlichen, Familien und Älteren, die Beurteilung des vorhandenen und künftig benötigten Infrastrukturangebotes, die Einstellung zu Partnerschaft und Familie sowie zum Zusammenleben von Jung und Alt oder von unterschiedlichen Kulturen.

6. Bürgerbeteiligung über Internetplattform „Perspektive Heidelberg“

Das Handlungskonzept und die Maßnahmenvorschläge unter Nr. 4 dieser Vorlage, die Umfrageergebnisse sowie der Entwurf der Teilfortschreibung des Stadtentwicklungsplans unter dem Blickwinkel des „Demographischen Wandels“ in Heidelberg sollen in Form einer „Online-Befragung“ über die neue Internetplattform „Perspektive Heidelberg“ den Bürgerinnen und Bürgern zur Diskussion gestellt werden.

7. Teilfortschreibung des Stadtentwicklungsplans

Nach Abschluss der öffentlichen Diskussion (Internetplattform „Perspektive Heidelberg“) erfolgt unter der Einbeziehung der Ergebnisse, die Teilfortschreibung des Stadtentwicklungsplans Heidelberg 2010 unter dem Aspekt des „Demographischen Wandels“.

gez.
In Vertretung

Prof. Dr. von der Malsburg

Anlagen zur Drucksache:	
Lfd. Nr.	Bezeichnung
A 1	Demographischer Wandel in Heidelberg –Maßnahmenvorschläge der fünf städtischen Arbeitsgruppen